

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

Geschäftsstelle

Motzstr. 32 | 10777 Berlin
T. +49 30 208 370 80 | F. +49 30 208 370 829
info@finanzwende.de | www.finanzwende.de

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.
Motzstr. 32 | 10777 Berlin

Spendenkonto

GLS Bank
IBAN: DE03430609671226545200
BIC: GENODEM1GLS

An
den Herrn Parteivorsitzender der CDU Friedrich Merz,
den Herrn Parteivorsitzender der CSU Markus Söder,
den Herrn Partei- und Fraktionsvorsitzender der EVP Manfred Weber

Vorstand

Dr. Gerhard Schick
Daniel Mittler
Dr. Sascha Müller

Gläubiger ID

DE59ZZZ00002143189

Amtsgericht

Berlin/Charlottenburg
VR 36803 B

Offener Brief

15.07.2024

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Söder, sehr geehrter Herr Weber,

am 16. Juli 2024 konstituiert sich das neu gewählte Europaparlament. Teil Ihrer Unionsgruppe und der EVP-Fraktion im Europaparlament ist auch wieder der Europaabgeordnete Markus Ferber, CSU.

Wir fordern Sie auf, sicherzustellen, dass Markus Ferber in der kommenden Legislatur keinerlei Schlüsselpositionen im Parlament für Themen im Finanzbereich wahrnimmt. Ihre Fraktion sollte ihn insbesondere nicht in den Parlamentsausschuss für Wirtschaft und Währung entsenden und auch nicht zum Berichterstatter für Finanzthemen machen.

[Die Regeln des Europaparlaments](#) besagen, dass Mitglieder ausschließlich im öffentlichen Interesse handeln und ihr Amt nach Grundsätzen wie Uneigennützigkeit und zur Wahrung der Würde des Europaparlaments ausüben sollen. Die parlamentarische Arbeit von Markus Ferber war bisher geprägt von einseitigen Lobbykontakten und Nebentätigkeiten für die Finanzindustrie. Seine Positionen waren denen der Finanzlobby in vielen entscheidenden Punkten zum Verwechseln ähnlich.

Diese extreme Nähe zwischen der Finanzindustrie und dem Abgeordneten Markus Ferber beschreibt unsere Analyse: [Der Bayerische Abgeordnete Markus Ferber - Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament](#). Eine solche Nähe kann das Ansehen Ihrer Fraktion und des Europaparlaments insgesamt beschädigen.

Diesen Schaden können Sie abwenden. Stellen Sie sicher, dass Markus Ferber als Parlamentarier in der kommenden Legislaturperiode nicht für Themen Verantwortung bekommt, zu denen er auch für die Finanzlobby tätig ist.

Es stehen wichtige finanzpolitische Themen auf der Agenda des neu gewählten Parlaments. Darunter sind Maßnahmen zur Vertiefung der Kapitalmärkte (Kapitalmarktunion), das europäische Einlagensicherungssystem, die Kleinanlegerstrategie oder die Weiterentwicklung von Sustainable-Finance-Regeln. Es braucht in der kommenden Legislatur nicht weniger als einen ["Reset" für eine nachhaltige, verbraucher*innenfreundliche und stabile Finanzmarktpolitik](#).

Wenn die Finanzlobby mit Markus Ferber quasi einen verlängerten Arm an zentralen Stellen des Europaparlaments hat, besteht jedoch die Gefahr, dass die notwendige gemeinwohlorientierte Politik ausgebremst wird.

Außerdem kann seine extreme Nähe zur Finanzlobby schädlich für das Ansehen des Parlamentes und der EVP-Gruppe sein. Markus Ferber bekommt allein 20.000 Euro im Jahr für seine Tätigkeit im Beirat der [Deutschen Vermögensberatung, DVAG](#). Schon 2017 machte das Magazin [Politico](#) öffentlich, dass er für ein Tool zur Bewertung von Finanzprodukten auf Basis der MiFID II Richtlinie geworben hat, die er mit ausgehandelt hatte.

Markus Ferbers Interessenverquickungen sind schädlich für die Demokratie. Wähler*innen erwarten mit Recht, dass Abgeordnete ihnen dienen, nicht einer Lobby mit Partikularinteressen. Auch im Interesse des Ansehens der europäischen Demokratie fordern wir Sie deshalb auf, dafür zu sorgen, dass Markus Ferber in der nun beginnenden Legislaturperiode des Europaparlaments keine Schlüsselposition für den Finanzbereich in den Parlamentsausschüssen einnimmt.

Sie haben es in der Hand. Stärken Sie das Vertrauen in unsere Demokratie und nominieren Sie für die Ausschüsse, die für Regulierungen im Finanzmarktbereich wichtig sind, Abgeordnete ohne jeglichen Anschein von Interessenkonflikten.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Mittler

Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende e.V.